Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.03.2022
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:17 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Alexandra Klusmann - SPD	

reguläre Mitglieder

Renate Bastian - Marburger Linke	Vertretung für: Roland Böhm
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	Vertretung für: Madelaine Stahl
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Jelena Noe - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Kirsten Dinnebier - SPD	

Abwesend

Vorsitz

Roland Böhm - Marburger Linke	entschuldigt

reguläre Mitglieder

Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	entschuldigt
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	entschuldigt

beratende Mitglieder

Andrea Suntheim-Pichler - BfM	entschuldigt
Matthias Pozzi - AfD	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	Entschuldigt

Gäste:

Frau Cloutier, Frau Fritzsch, Frau Darsaraee, Frau Meier, Herr Conrad (Presse), Herr Rohner, Herr Schmidt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellv. Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2021

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

Anlage 1 Protokoll vom 09.12.21

zu 3 Bericht des Magistrats zur Situation von ukrainischen Flüchtlingen in Marburg

Dr. Spies stellt die aktuelle und rechtliche Situation dar. Es gilt die Europäische Massenfluchtrichtlinie, wonach die Flüchtlinge den Vertriebenenstatus erhalten und somit das Sozialleistungssystem (AsylbLG) greift. Große Herausforderung ist insbesondere die Unterbringung und Versorgung der in Marburg ankommenden Flüchtlinge. Die Stadt Marburg konnte innerhalb einer Woche eine zentrale Anlaufstelle mit entsprechender Struktur aufbauen und in Betrieb nehmen. Diese musste aufgrund des Auftrages an den Landkreis Marburg-Biedenkopf, eine Außenstelle für die EAE Gießen zu erstellen, am Georg-Gassmann-Stadion wieder aufgegeben werden und wird nun in Containern beim Stadtbüro in der Frauenbergstraße ab dem 21.03.22 wieder in Betrieb gehen. Aktuell wird dringend Wohnraum für die Unterbringung benötigt. Auf die eingerichtete Hotline (Tel: 06421-201-4000) und die zentrale Emailadresse Ukraine-hilfe@marburg-stadt.de wird verwiesen.

Es schließt sich eine Frage- und Diskussionsrunde an.

Das Gremium spricht der Verwaltung großes Lob aus und nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis.

zu 4 Anträge des Ausländerbeirats

zu 4.1 Antrag des Ausländerbeirates betr. Gründung eines Runden Tisches für Seelsorge für Migrant*innen

VO/0462/2021

Die Vorlage wird von Frau Cloutier (Ausländerbeirat) vorgestellt. Frau Dinnebier ergänzt hierzu, dass nicht die religiöse, sondern die psychische und seelische Gesundheitssorge gemeint sei. Frau Fritzsch nimmt ergänzend Stellung hierzu, wonach die Thematik in die bereits vorhandene Struktur (Runder Tisch „Integration“) angedockt werden sollte.

Es schließt sich eine Diskussionsrunde an.

Die SPD-Fraktion formuliert nachfolgenden Änderungsantrag, dem sich alle Fraktionen anschließen:

*"Der Runde Tisch Integration wird darum gebeten, seinen Fokus auf das Thema psychologische Angebote von Migrant*innen zu erweitern und bei Bedarf ein Konzept für entsprechende Angebote zu erarbeiten.“*

Der Änderungsantrag wird vom Gremium einstimmig befürwortet.

zu 5 Anträge der Fraktionen

zu 5.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber*innen

VO/0541/2022

Die Vorlage wird von Herrn Sánchez Arvelo vorgestellt. Frau Dinnebier und Herr Schmidt stellen die rechtliche Situation dar, wonach die Verwaltung davon abrät, da diese freiwilligen Leistungen auf Transferleistungen des Bundes angerechnet würden und damit der Bundeshaushalt entlastet würde. Dies sei nicht zielführend.

Es schließt sich eine Diskussionsrunde an.

Im Anschluß wird nachfolgender Änderungsantrag formuliert:

*„Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, inwiefern Haushalten von Stadtpassinhaber*innen eine Unterstützung bei den steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten gewährt werden kann, ohne das dies auf Transferleistungen angerechnet wird. Dabei ist eine Vereinbarung mit dem angekündigten Gesetz der Bundesregierung zum Energiekostenzuschuss für Transferleistungsempfänger*innen zu prüfen.*

*Die Stadtwerke Marburg werden außerdem beauftragt im Falle einer Nicht-Zahlung Stromsperren bis auf weiteres auszusetzen sowie diesbezüglich eine Beratung der Kund*innen anzubieten.“*

Dieser Antrag wird vom Gremium befürwortet, wonach die SPD-Fraktion sowie B90/Die Grünen – Fraktion dem Antrag zustimmen, und die CDU-Fraktion und die Marburger Linke - Fraktion sich enthalten.

zu 6 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Marburg, 18.03.2022

Vorsitz: Protokoll:

Ansgar Rohner